

A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktion DIE LINKE

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/3393 -

Initiative gegen Kinderarmut

Initiative gegen Armut und Kinderarmut

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. im Bundesrat unverzüglich aktiv für eine Initiative der Bundesländer zur Abschaffung der diskriminierenden Regelungen der Hartz-IV-Gesetze einzutreten; in diesem Zusammenhang wird gleichzeitig gefordert, dass das Kindergeld bzw. die Kindergrundsicherung nicht weiter auf das Familieneinkommen im Sinne von SGB II und SGB XII angerechnet wird;
2. im Bundesrat unverzüglich aktiv auf eine Rücknahme der Unternehmenssteuerreform 2008 hinzuwirken und den Vorschlag zu unterbreiten, die vermiedenen Steuerausfälle in Höhe von mindestens zehn Milliarden Euro in eine steuerfinanzierte bedarfsorientierte Kindergrundsicherung einzubringen;
3. im Bundesrat initiativ zu werden, um eine bedarfsorientierte solidarische Kindergrundsicherung einzuführen, die auf Höhe von mindestens 435 Euro an alle Kinder ausgereicht wird und das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen abdeckt;
4. als erste Maßnahme zur Armutsbekämpfung in Kindertagesstätten und Grundschulen gebührenfreie Verpflegung inklusive einem warmen Mittagessen schrittweise einzuführen.

Begründung:

Nach den Erkenntnissen der Sozialwissenschaft hat sich die Armut in Deutschland mit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze durch die rot-grüne Bundesregierung 2005 nahezu verdoppelt. Hiervon sind Kinder besonders betroffen. In den letzten zwei bis drei Jahren ist Kinderarmut zum Massenphänomen geworden. Hierbei spielt eine verhängnisvolle Rolle, dass das Kindergeld auf das Einkommen von Hartz-IV-Familien voll angerechnet wird. Besonders schwerwiegend gestaltet sich die Situation in Ostdeutschland. In Thüringen leben bereits 25 Prozent der Kinder unter der Armutsgrenze, in größeren Städten nahezu ein Drittel.

Ein immer größer werdender Teil der Eltern ist nicht in der Lage, die Zufinanzierung für das warme Mittagessen aufzubringen und ihren Kindern eine breite, kulturell anregende Erlebnisumwelt zu bieten. Grundlegende Menschenrechte und zivilisatorische Errungenschaften sind für einen zunehmend größeren Teil der Gesellschaft gefährdet. Die Politik ist dringend gefordert, falsche politische Weichenstellungen zu korrigieren und für sozialen Ausgleich zu sorgen. Armut und Kinderarmut sind eine Schande für eine so reiche Gesellschaft wie die Bundesrepublik Deutschland.

Für die Fraktion:

Blechschmidt